

Erklärung der deutschen Bischöfe vom 27. August 1979 zum 40. Jahrestag des Ausbruchs des Zweiten Weltkrieges

Auch 40 Jahre nach dem 1. September 1939 können wir das schreckliche Geschehen des Zweiten Weltkriegs und seine Folgen nicht vergessen. Unter dem nationalsozialistischen Regime hat Deutschland damals einen Krieg verschuldet, der mehr als 50 Millionen Menschen getötet, unzählige verwundet, der Heimat, der Habe und der Existenz beraubt hat. Eine weitere bedrückende Folge des Krieges war und ist für einen großen Teil unseres Volkes und anderer Völker der Verlust des Rechtes auf Selbstbestimmung.

Wir stehen unverändert zu dem, was die deutschen Bischöfe am 23. August 1945 gesagt haben:

„Furchtbares ist schon vor dem Krieg in Deutschland und während des Krieges durch Deutsche in den besetzten Ländern geschehen. Wir beklagen es zutiefst: Viele Deutsche, auch aus unseren Reihen, haben sich von den falschen Lehren des Nationalsozialismus betören lassen, sind bei den Verbrechen gegen menschliche Freiheit und menschliche Würde gleichgültig geblieben, viele leisteten durch ihre Haltung den Verbrechen Vorschub, viele sind selbst Verbrecher geworden. . .“

Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges sind vom ganzen deutschen Volk ungeheuerere Anstrengungen unternommen worden, begangenes Unrecht, so weit überhaupt möglich, wiedergutmachen und beim Wiederaufbau unseres Gemeinwesens wie bei der Wiedereingliederung unseres Volkes in die Völkergemeinschaft aus den Fehlern zu lernen. Wir gedenken dankbar der Versöhnungsbereitschaft vieler Völker, die durch uns Deutsche so schwer gelitten haben.

Insbesondere erinnern wir uns mit Dankbarkeit und Hoffnung an die erfreuliche Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen Deutschland und vielen Völkern, die vor 40 Jahren noch so tief von uns getrennt waren. Der Beginn einer Einigung Europas konnte nur auf dem Boden gegenseitigen Vertrauens und gemeinsamer Sehnsucht nach Frieden geschehen. Alle Sorgen und Mühen für Europa sind im letzten auch ein Beitrag für den Frieden der Welt. Trotzdem steht immer noch jene Frage drängend vor uns, die besonders von der jungen Generation gestellt wird: „Wie hat es damals zu diesem Krieg kommen können?“ Wohl niemand vermag - auch nach den zeitgeschichtlichen Erkenntnissen der letzten 40 Jahre - darauf eine erschöpfende Antwort zu geben. Wir Bischöfe wollen hier nur auf zwei fundamentale Tatsachen hinweisen, die mitbestimmend waren für damals; sie haben weittragende Konsequenzen auch heute:

1. Mißachtung der unverletzlichen Rechte des einzelnen und der Völker.
2. Verweigerung persönlicher Mitverantwortung und Leugnung eigener Schuld.

1. Heute kann und muß wiederholt werden, was die deutschen Bischöfe im März 1946 erklärt haben:

„Das nationalsozialistische Reich hat zum sittlichen Niedergang unseres Volkes vielleicht am meisten dadurch beigetragen, daß es das Rechtsempfinden systematisch niedergetreten hat. Es hat alles Recht einseitig aus dem Nutzen des eigenen Volkes und aus dem Willen eines Menschen abgeleitet und kein objektives, letztlich in Gott gegründetes Recht anerkannt. So hat es eine Willkürherrschaft geschaffen, die jedes Recht der Einzelperson, der Familie, der Völker untereinander mit Füßen trat . . .“

Eine auf solchen Grundsätzen aufbauende Politik endet in einer Katastrophe, wie es der Zweite Weltkrieg mit grauenvoller Deutlichkeit gezeigt hat. Jedes politische Handeln - nicht nur in der Gesetzgebung - muß sich gebunden wissen an das Recht des einzelnen, der Familie, der Gesellschaft und der Völker. Politisches Handeln muß sich am vorgegebenen „guten Recht“ orientieren, aus dem sich verbindliche Normen für das sittliche Handeln des einzelnen und der für das Volk handelnden Politiker ergeben.

Von dieser Grundüberzeugung haben sich die Väter unseres Grundgesetzes leiten lassen. In der Erinnerung an den 1. September 1939 weisen wir erneut auf die in den letzten vier Jahrzehnten und besonders in den letzten Jahren immer wieder dargelegte Sorge hin: Besteht in unserem Volke noch Übereinstimmung in dieser grundlegenden Überzeugung von der Gebundenheit jeglichen politischen Handelns an das Recht des einzelnen, der Familie und der Gesellschaft, Übereinstimmung auch in den Folgerungen, ohne die eine solche Überzeugung ausgehöhlt würde?

Die bitteren Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges haben weltweite Anstrengungen ausgelöst, die Grundrechte des Menschen und der Völker zur Grundlage der nationalen und internationalen Politik zu machen. Viele Deklarationen, Abkommen und Übereinkünfte, noch mehr die in vielen Ländern aufbrechende Menschenrechtsbewegung, bezeugen das. Dennoch werden seit 1945 bis zum heutigen Tag in allen Kontinenten die Menschenrechte grausam verletzt, durch brutale Gewalt und zunehmend auch durch die Verwendung verfeinerter Methoden mißachtet.

2. Der Versuch, die Frage nach dem „Warum“ zu beantworten, muß sich auch der Schuldfrage zuwenden. Der problematische Begriff einer „Kollektivschuld“ des deutschen Volkes ist mit Recht zurückgewiesen worden, zumal viele unter dem Einsatz von Leben und Freiheit Widerstand gegen den Nationalsozialismus geleistet haben. Trotzdem bleibt die Mitverantwortung unseres ganzen Volkes am Geschehen bestehen.

Die Schuldfrage stellt sich auch für die Kirche selbst. Wir wissen, daß es auch in der Kirche Schuld gegeben hat. Wir wissen uns verpflichtet zum dauernden Bemühen, die Folgen aus den Irrtümern und Verwirrungen dieser schrecklichen Zeit zu ziehen. Wir öffnen seit Jahren auch der zeitgeschichtlichen Forschung den Zugang zu allen einschlägigen Dokumenten. Nicht nur damals, sondern auch heute laufen wir Gefahr, persönliche Schuld zu überspielen, zu entschuldigen, zu verdrängen. Gerade das aber führt zu noch dichterem Verstrickung und nicht selten zu

noch größerer Schuld. Es kommt entscheidend darauf an, Schuld anzuerkennen und vor Gott zu bekennen.

Wir rufen alle Gläubigen und alle Menschen guten Willens auf, in diesen Tagen mit uns für die Opfer des letzten Krieges, aber auch aller blutigen Auseinandersetzungen und Menschenrechtsverletzungen in der Gegenwart zu beten. Möge Gott den Verantwortlichen in Gesellschaft und Staat die Kraft geben, zu erkennen und zu verwirklichen, daß alles politische Handeln gebunden sein muß an das Recht des einzelnen, der Familie, der Gesellschaft und der Völker. Möge uns Gott unsere persönliche Verantwortung und Schuld begreifen lassen, aber auch den Weg innerer Umkehr in Jesus Christus eröffnen.

Würzburg, 23. 8. 1979